

Forum

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **101 (2010)**

Heft (12)

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tretminen auf dem Weg zur liberalisierten Stromwirtschaft



Prof. em. Dr.
Silvio Borner,
Ökonomieprofessor,
Basel

Elektrizität ist einerseits ein homogenes und somit auch leicht handelbares Gut. Andererseits benötigt es für den Transport fest installierte Netze, die stabile monopolistische Flaschenhälse darstellen. Wie bringt man trotzdem Wettbewerb zustande? Im Prinzip ist die Antwort einfach: man muss erstens die Netze regulieren und zweitens die Produktion und den Handel freigeben. In der Praxis ist das nicht so ganz einfach – und zwar aus technisch-physikalischen Gründen (Netzstabilität), aber auch aus regulierungs- und politökonomischen Gründen (Verpolitisierung).

Regulierungsfehler im Hochspannungsnetz

Das Hochspannungsnetz ist geradezu paradigmatisch für einen stabilen «bottleneck». Staatlich geregelt werden müssen deshalb einerseits der Netzzugang und andererseits die Preise für die Netzbenutzung. Der Netzbetreiber muss erstens via Investitionen die quantitative und qualitative Netzkapazität sicherstellen. Die entsprechenden Investitionskosten müssen sich an den langfristigen Grenzkosten und nicht etwa an den historischen Kosten orientieren. Ob eine Leitung buchhalterisch beschrieben ist oder nicht, ist völlig irrelevant. Es besteht hier die politische Versuchung, die Kosten im kurzfristigen Interesse der Verbraucher zu drücken – auf Kosten der langfristigen Sicherheit der Übertragungskapazitäten.

Bei Reserve- oder Regelernergie, die vorgehalten werden muss, um die Spannung jederzeit aufrechtzuerhalten, werden heute die Kosten voll auf die Konsumenten überwälzt, was ökonomisch nicht richtig ist. Denn gerade auch die unregelmässige Einspeisung von priorisierten und mit hohen Subventionen versüssten Alternativenergien erfordert zwingend mehr Reserven. Hier ist nicht nur eine sinnvolle Aufteilung auf die Ein- und Ausspeisungsseite angezeigt, sondern auch eine geschickte Preisdifferenzierung, um belastende Verbrauchs-, aber auch Produktionsspitzen zu dämpfen.

Ich würde auch empfehlen, die Swissgrid voll zu privatisieren und eigentümersmässig klar von allen Produzenten und/oder Verteilern abzutrennen. Dies würde nicht nur Interessenkonflikte beseitigen, sondern auch Gewähr bieten, dass auf dem Netz eine nachhaltige Rendite erzielt und so ausreichend investiert wird. Analoge Überlegungen scheinen mir auch in der Schaffung einer unabhängigen «Swissnuclear» angezeigt.

Regulierungsfehler bei der Verteilung

Auch diese Netze sind «essential facilities» mit reguliertem freiem Zugang für die Lieferanten und Konsumenten. Wohl aus politischer Rücksichtnahme ist die Wahlfreiheit erst den Grosskunden zugestanden worden. Die Kleinbetriebe und insbesondere Haushalte mit weniger als 100 000 kWh/Jahr befinden sich noch bis 2014 in der sogenannten Grundversorgung ohne Wahlrecht. Sie sind

deshalb ihrem Verteilmonopol ausgeliefert (das wie im Falle meines Wohnorts allerhand teure Kapriolen vollführt). Folgerichtig werden diese Preise staatlich reguliert, um Monopolmissbrauch zu verhindern. Aber wenn das schon sein muss, dann sollte es richtig gemacht werden. Dies ist nun leider klar nicht der Fall, weil als Benchmark nicht die Marktpreise genommen werden, sondern die historischen Kosten.

Sechs klare Botschaften

Als aussenstehender Beobachter erlaube ich mir zum Schluss noch, auf die unklare Kommunikation der Branche hinzuweisen, welche die Öffentlichkeit verwirrt und die Liberalisierungsgegner sowie die Subventionsempfänger stärkt. Für mich müsste die Branche die folgenden Aussagen klar und deutlich machen.

- Der weltweite Energieverbrauch wird in den nächsten Jahrzehnten steigen, ebenso der globale CO₂-Ausstoss, und zwar selbst im günstigsten Fall, dass Kioto, Kopenhagen und Cancún einigermassen erreicht bzw. eingehalten werden.

- Die schweizerische Elektrizitätsproduktion (und -konsum) ist CO₂-frei dank Wasserkraft (knapp. 60%) und Kernenergie (knapp. 40%). Der Elektrizitätsverbrauch wird weiter steigen. Beide Grosstechnologien – Wasser und Atom – sind ausbaubar, stehen aber vor hohen politischen Hürden.

- Wind, Fotovoltaik, Biomasse sind jedoch aus technologischen, aber vor allem wirtschaftlichen Gründen keine ernsthaften Optionen für den Ersatz der Kernenergie in der Schweiz. Ihr forciertes Ausbauen erfordert im Gegenteil mehr Back-up-Kapazitäten.

- Die Popularität dieser Alternativenergien beruht auf dem erfolgreichen Lobbying der Cleantech-Branchen und der Desinformation des breiten Publikums über die wahren Kosten-Nutzen-Verhältnisse.

- Die Vorstellung, dass forcierte und hoch subventionierte Investitionen in Alternativenergien nicht nur ökologische Benefits haben (was bei globaler Betrachtung ohnehin nicht stimmt), sondern auch Abertausende von Arbeitsplätzen schaffen, wird von keinem ernsthaften Mikro-Ökonomen geteilt. Studien zeigen das Gegenteil. Die Verteuerung der Energie und die verschleuderten Investitionsmittel vernichten indirekt mehr Arbeitsplätze als direkt in den neuen Bereichen geschaffen werden.

- Visionen wie die 2000-Watt-Gesellschaft sind ökodiktatorische Vorgaben, die weder wissenschaftlich noch politisch legitimiert werden können. Es ist eine unverantwortliche Anmassung von Wissen, jetzt schon den Elektrizitätskonsum und dessen Zusammensetzung in 50 Jahren zu diktieren. Nachhaltigkeit – was immer das ist – darf weder unwissenschaftlich noch undemokratisch sein und muss den künftigen Generationen die Chance lassen, unsere (selbst gut gemeinten) Fehlentscheide zu korrigieren.

Der Text ist eine gekürzte Version der Rede von Prof. Silvio Borner an der VSE-Direktoren- und Geschäftsleitertagung vom 18. November 2010.

Entraves et terrain miné sur le chemin de la libéralisation



Prof. em. Dr.
Silvio Borner,
professeur en
économie, Bâle

L'électricité est d'une part une denrée homogène et donc facilement négociable. Son transport nécessite d'autre part des réseaux installés de manière fixe qui représentent des goulots d'étranglement monopolistiques stables. Comment crée-t-on malgré tout de la concurrence ? La réponse est en principe toute simple : il faut dans un premier temps réguler les réseaux et libéraliser dans un second temps la production et la commercialisation. Dans la pratique, cela n'est pas tout à fait aussi simple – et ce pour des raisons techniques et physiques (stabilité du réseau) mais également pour des raisons de réglementation et de politique.

Erreur de régulation au niveau de la haute tension

Le réseau à haute tension est justement le paradigme d'un goulot d'étranglement (« bottleneck ») qui ne peut pas être concurrencé. C'est pourquoi, d'une part l'accès au réseau et, d'autre part les prix de l'utilisation du réseau doivent être régulés par l'Etat. L'exploitant du réseau doit premièrement assurer la capacité quantitative et qualitative du réseau par des investissements. Les coûts d'investissements concernés doivent s'orienter selon les limites de coûts à long terme et non pas selon les coûts historiques. Le fait qu'une ligne soit amortie ou non au niveau comptable est insignifiant. La tentation politique existe, dans l'intérêt à court terme du consommateur, de faire pression sur les coûts – au détriment de la sécurité à long terme des capacités de transport.

Les coûts de l'énergie de réserve ou de réglage, qui doit être disponible pour maintenir la tension à tout moment, sont aujourd'hui pleinement répercutés sur les consommateurs, ce qui n'est économiquement pas légitime. Car ce sont justement les injections irrégulières d'énergies alternatives prioritaires édulcorées à coup de subventions qui nécessitent impérativement des réserves plus importantes.

Je conseillerais aussi de privatiser complètement Swissgrid et de la séparer clairement, au niveau de la propriété, de tous les producteurs et/ou distributeurs. Ceci éliminerait les conflits d'intérêts, mais garantirait également une rentabilité durable du réseau et donc des investissements suffisants. Dans le même ordre d'idées, la création d'une « Swissnuclear » indépendante m'apparaît tout indiquée.

Erreur de régulation au niveau du réseau de distribution

Ces réseaux sont aussi des « infrastructures clé » à accès régulé libre pour les fournisseurs et les consommateurs. Par égards politiques, la liberté de choix a tout d'abord été accordée aux gros clients. Les petites entreprises et tout particulièrement les ménages consommant moins de 100 000 kWh par an font encore partie jusqu'en 2014 de ce que l'on appelle la desserte de base sans droit au choix. Ils sont donc à la merci de leur monopole de distribution.

Ces prix sont logiquement régulés par l'Etat afin d'éviter tout abus de monopole. Mais puisqu'il faut le faire, autant le faire correctement. Cela n'est malheureusement clairement pas le cas puisque ce ne sont pas les prix du marché, mais au contraire les coûts historiques qui servent de valeur de référence (Benchmark).

Messages clairs contre désinformations

En conclusion, en temps qu'observateur extérieur, j'aimerais encore souligner la communication confuse de la branche qui embrouille le public et renforce les opposants à la libéralisation et les bénéficiaires de subventions. De mon point de vue, la branche devrait énoncer les affirmations suivantes de manière claire et précise.

■ La consommation mondiale d'énergie va croître ces prochaines décennies, de même que les rejets globaux de CO₂ et cela même si, dans le meilleur des cas, Kyoto, Copenhague et Cancun seront tant bien que mal atteints et maintenus.

■ La production suisse d'électricité (et la consommation) est libre de CO₂ grâce à l'énergie hydraulique (petit 60%) et l'énergie atomique (petit 40%). La consommation d'électricité va continuer d'augmenter. Les deux technologies importantes – l'eau et l'atome – peuvent être développées; elles font cependant face à de grands obstacles politiques.

■ Le vent, le photovoltaïque et la biomasse ne représentent pourtant technologiquement, et avant tout économiquement, pas des options sérieuses pour le remplacement de l'énergie nucléaire en Suisse. Leur extension forcée demande au contraire plus de capacités de réserve.

■ La popularité de ces énergies alternatives repose sur un lobbying couronné de succès de la branche Cleantech et de la désinformation d'un large public quant au vrai rapport entre coûts et bénéfices.

■ L'idée que les investissements forcés et largement subventionnés dans les énergies alternatives garantissent non seulement des bénéfices écologiques (ce qui n'est pas vrai d'un point de vue global), mais créent également des milliers d'emplois n'est partagée par aucun microéconomiste sérieux. Des études disponibles prouvent le contraire. Le renchérissement de l'énergie et les moyens d'investissement gaspillés détruisent indirectement plus de places de travail qu'ils n'en créent dans les nouveaux secteurs.

■ Les visions telles que la société à 2000 watts sont des objectifs écodictatoriaux qui ne peuvent être légitimés ni économiquement ni politiquement. Dictier aujourd'hui déjà la consommation d'électricité et sa composition dans 50 ans est une usurpation irresponsable de la science. La pérennité – mais qu'est ce que cela signifie vraiment – ne peut pas être non scientifique et non démocratique et doit laisser aux générations futures la chance de corriger nos décisions (même bien intentionnées) erronées.

Le texte est une version abrégée du discours du professeur Silvio Borner que celui-ci a tenu lors de la conférence des directeurs de l'AES le 18 novembre 2010.